

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis Vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt umsonst / Alle Postanfragen nehmen Verhaltungen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkundigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die schlaggedruckte, 35 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. / Bei Wiederholungen Rabatt / Für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 50 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 19. Januar

Anzeigen-Annahmestelle:

Hermann Rand, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Bekanntmachung des Zentralvorstandes — Gewerbliches Unterrichtswesen — Die Nollage im Lehrlingswesen — Die Wiedergeburt deutscher Volkskunst — Kriegstagung der Frankfurter Handwerkskammer — Lohnnachweise nicht vergessen! — Kurze Mitteilungen — Aus den Kreisverbänden — Bücherbesprechungen — Handwerkskammer Wiesbaden.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An die Vorstände der Lokalgewerbevereine
und der Kreisverbände!

Betr. Lehrlingswesen und Lehrstellenvermittlung.

Unter Hinweis auf den Aufsatz in vorliegender Nummer unseres Gewerbeblattes „Die Notlage im Lehrlingswesen“ erlauben wir die Vorstände, der Lehrlingsfrage das ganz besondere Interesse zuzuwenden. Es dürfte sich als zweckmäßig erweisen, in einer besonderen Mitgliederversammlung, zu der in öffentlicher Form alle Handwerker und Gewerbetreibenden einzuladen wären, die Lehrlingsfrage zu behandeln unter Benutzung des bezeichneten Aufsatzes. Es wäre ferner zu erwägen, wie der Zugang zu den gelernten Berufen, insbesondere zur Handwerkslehre örtlich zu fördern und welche Maßnahmen im Verein mit Schule, Arbeitsnachweisen usw. für die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung zu treffen wären. Zur Aufklärung in den Kreisen der Eltern und Vormünder dürften Vortragsabende oder Elternabende und öftere Hinweise in den Tageszeitungen dienen. Wir stehen mit geeigneten Unterlagen gerne zu Diensten.

Die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe sind besonders berufen, der Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung zu dienen.

Wiesbaden, den 15. Januar 1918.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Den gewerblichen Schulen wird zur Anschaffung für die Schulbücherei empfohlen:

1. Stilwandlungen und Arrangements in den angewandten Künsten (2 Mark).
2. Die Wiedergeburt der deutschen Volkskunst (3 Mark) von Karl D. Hartmann, Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin.

Die Nollage im Lehrlingswesen.

(Nachdruck verboten).

Eine recht trübe Erscheinung des Krieges ist die Werkstatthucht der Lehrlinge. Worin diese ihre Ursache hat, ist allgemein bekannt. Es laßt die hohe Entlohnung in der Rüstungsindustrie, und der Launel des hohen Krieges verdienten hat die Jugendlichen samt deren Eltern erfaßt. Bei kurzer Kriegsdauer wäre diese Erscheinung volkswirtschaftlich von keiner

großen Bedeutung. Wir haben aber nunmehr im vierten Jahre Krieg, und jedes Jahr entvölkern sich unsere Lehrlingsausbildungsstätten mehr und mehr. Auch diejenigen, die heute noch als Lehrlinge gelten, erfahren in vielen Betrieben keine geordnete Ausbildung, sie müssen bald zu Arbeiten herangezogen werden, in denen sie eine volle Leistung im wirtschaftlichen Sinne erzielen, und dies hat eine einseitige Betätigung und damit eine mangelhafte Ausbildung zur Folge. Wir gehen daher einer Not an gelernten Arbeitern entgegen, der heute schon sehr scharf ins Auge gefaßt werden muß. Diese Notlage ist umso schwerer, als sie auch schon vor dem Kriege in Handwerk und Industrie bestanden hat. Die Industrie, die ihre gelernten Arbeiter zum erheblichen Teile aus den Handwerksbetrieben erhielt, ist schon vor dem Kriege dazu übergegangen, gelernte Arbeiter planmäßig heranzubilden in einer geordneten Lehrzeit. Musterartige Einrichtungen dieser Art bestanden schon längst bei den Eisenbahnhauptwerkstätten, und auch andere Großbetriebe haben besondere Lehrwerkstätten eingerichtet, verbunden mit Lehrschulen, in denen die Lehrlinge praktisch und theoretisch mit aller Gewissenhaftigkeit ausgebildet wurden. Die Industrie wird nach dem Kriege bestrebt sein, diese Einrichtungen weiter auszubauen, und wo sie noch nicht bestehen, solche ins Leben zu rufen. Man darf überzeugt sein, daß die Großbetriebe dabei nach den Mustern, die heute bestehen, mit einer Gründlichkeit vorgehen, die man an der deutschen Industrie gewohnt ist; denn die Lösung der Facharbeiterfrage ist eine brennende, von ihr hängt die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie ab.

Dem Handwerk war es schon vor dem Kriege unmöglich, genügenden Lehrlingsersatz zu erhalten. Wenn auch in manchen Berufen der Zugang zahlenmäßig befriedigend war, eine Auswahl nach Geignetheit konnte nirgends getroffen werden; jeder wurde wahllos genommen, wenn er auch die notwendigen geistigen und körperlichen Eigenschaften für den Beruf nicht mitbrachte. Schon damals herrschte im Handwerk eine Lehrlingsnot. Diese ist naturgemäß im Kriege stark gewachsen; denn nicht nur der Zugang ließ ungeheuer nach, sondern auch die vorhandenen Lehrlinge warteten vielfach das Ende der Lehrzeit nicht ab und verließen die Lehrwerkstätte teils mit, vielfach aber ohne berechtigten Grund, um in die Industrie einzutreten. Dieser Werkstatthucht der Lehrlinge suchte man mit allen Mitteln zu steuern, selbst die Stellvertretenden Generalkommandos legten sich ins Mittel und erließen Verbote über das Verlassen der Handwerkslehre.

In dieser Erscheinung liegt eine sehr geringe Bewertung der Handwerkslehre, und diese ist

nicht erst hervorgerufen durch die Kriegszeit, sie bestand schon vorher und sie sagt uns, daß in der Handwerkslehre unzeitgemäße Einrichtungen und Auswüchse zu beseitigen sind. Diese Erkenntnis ist allenthalben vorhanden, leider am wenigsten bei vielen Handwerkern selbst, und die berufene Vertretung des Handwerks, der Deutsche Handwerks- und Gewerbeverband, hat sich wiederholt dieser Frage angenommen, der Nachwuchs im Handwerk ist schon seit vielen Jahren ein Sorgenkind, dem man seine volle Aufmerksamkeit zu schenken hat. Selbst Regierung und Volksvertretung haben sich wiederholt mit dieser für unser Wirtschaftsleben wichtigen Frage beschäftigt. Der gewerbliche Mittelstand, besonders das Handwerk, kann nicht gehoben werden, ohne daß dem Lehrlingswesen mehr Beachtung geschenkt und die Verhältnisse zeitgemäß geordnet werden. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß auch gut begabte junge Leute und solche, die von Haus aus über Mittel verfügen, sich dem Handwerksberuf zuwenden.

Wenn man die Schäden der heutigen Handwerkslehre beseitigen will, so muß man diese zunächst richtig erkennen. Es ist von altersher so Brauch, daß der Lehrling während seiner dreijährigen Lehrzeit, wenn er bei dem Lehrmeister Wohnung und Verpflegung hat, Lehrgeld bezahlen muß, und außerdem hat er die Arbeitskleidung selbst zu stellen. In diesem Falle gehört der Lehrling zur Familie des Meisters, und es wäre zu wünschen, daß diese Sitte, die man heute nur noch auf dem Lande vorfindet, beibehalten würde. Jedoch muß dem Lehrling in dem Haushalte des Meisters eine geachtete Stellung eingeräumt und er darf nicht als eine Art Diensthote angesehen und behandelt werden, dem man alle untergeordneten Arbeiten, auch im Haushalte, aufpakt, er ist zu häuslichen und landwirtschaftlichen Arbeiten nur insoweit heranzuziehen, als sich dies mit der Lehre verträgt. Wo der Lehrling beim Lehrmeister nicht Wohnung und Verpflegung hat, erhält er nach den heutigen Verhältnissen ein wöchentliches Taschengeld in so geringer Höhe, daß man von einer Vergütung nicht reden kann. Dieses Taschengeld steigert sich von Jahr zu Jahr, und die Höhe richtet sich nach den Verhältnissen des Ortes und der einzelnen Berufe. Diese Vergütung ist absolut unzulänglich und entspricht keineswegs dem wirtschaftlichen Nutzen der Lehrlingsarbeit, wenn man die Unterweisung durch Meister und Gesellen noch so hoch bewertet. Die Lehrmeister müssen sich daran gewöhnen, dem Lehrling eine angemessene Vergütung zu gewähren, die umso höher sein muß, je mehr der Betrieb es erfordert, daß der Junge sofort eine wirtschaftlich nutzbare Arbeit leistet, wie dies heute allgemein der Fall ist. Der Krieg hat darin schon etwas Wandel geschaffen, aber die Handwerksmeister dürfen nicht glauben, daß mit

**Die Geschäftsstellen
der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe
erteilen Rat und Auskunft und gewähren Beistand
in allen Angelegenheiten des handwerks und Gewerbes. Benutzung für Jedermann.**

dem Ende des Krieges die Verhältnisse wieder die alten werden. Es muß mit einer dauernden Erhöhung der Lehrlingsvergütung gerechnet werden und es wäre zweckmäßig, diese in angemessener Höhe für die einzelnen Handwerkszweige festzulegen. Die Billigkeit der Lehrlingsarbeit hat manchen Lehrmeister dazu verleitet, Lehrlinge in allzu großer Zahl einzustellen, und die Bestimmungen der Handwerkskammern über die Höchstzahl von Lehrlingen wurden vielfach — abgesehen von der Kriegszeit — nicht eingehalten. Darunter hat naturgemäß die Ausbildung der Lehrlinge sehr gelitten; denn häufig kam es auch vor dem Kriege vor, daß bei Beschäftigung von drei und mehr Lehrlingen kein Geselle im Geschäft beschäftigt war. Eine schärfere Aufsicht ist hier dringend notwendig, und die Ueberwachung des Lehrlingswesens darf nur tüchtigen, äußerst gewissenhaften und wohlunterrichteten Handwerksmeistern übertragen werden. Wie man dies noch in wenigen gutgeleiteten Innungen vorfindet, muß sich der Handwerkerstand zur Ehre anrechnen, der Heranbildung des Nachwuchses voll gerecht zu werden. Er darf nie in dem Lehrling eine billige Arbeitskraft sehen. Auch bei einer besseren Entlohnung des Lehrlings darf sich zwischen dem Lehrmeister und dem Lehrling nicht das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausbilden, der Lehrling muß durch seine Behandlung im Geschäft erkennen, daß er hier ist, um etwas zu lernen und nicht um Geld zu verdienen.

In manchen Berufen hat sich die Unsitte herausgebildet, daß die jungen Leute, die sich dem Berufe widmen wollen, nicht als Lehrlinge, sondern als jugendliche Arbeiter eingestellt werden, weil der Meister sich den Bestimmungen über das Lehrlingswesen nicht unterwerfen will, oder es geschieht dies aus sonstigen geschäftlichen Gründen. Dies trifft ganz besonders im Maurergewerbe zu und greift auch auf andere Baugewerbe über, Lehrlinge werden in diesen Berufen immer seltener. Dies hängt vielfach damit zusammen, daß in diesen Betrieben nicht das ganze Jahr hindurch gearbeitet werden kann und man den Lehrling nicht durchhalten will. Aber trotzdem liegt kein Grund vor zu einer gänzlichen Abschaffung des Lehrlingswesens. Es gibt auch gewissenlose Handwerksmeister, die ihre ihnen anvertrauten Jungen als jugendliche Arbeiter ausgeben, um dadurch sich den Bestimmungen über das Lehrlingswesen zu entziehen.

Viel Anstoß erregt die Behandlung der Lehrlinge in den Werkstätten. Eine strenge Zucht ist notwendig, aber sie muß sich vereinigen mit väterlicher Milde und mit einer persönlichen Achtung, auf die der angehende Handwerker Anspruch hat. Dem Handwerksmeister steht das väterliche Züchtigungsrecht dem Lehrling gegenüber zu, und es ist bekannt,

daß nicht nur der Meister, sondern auch die Gesellen, denen dieses Recht nicht zusteht, oft allzu reichlich davon Gebrauch machen. Diese schlechte Behandlung trägt viel zur Abneigung gegen die handwerksmäßige Lehre unter den jungen Leuten bei. Die körperliche Züchtigung ist in den höheren Schulen überall und vielfach auch in den Fortbildungsschulen verboten, und es hat sich gezeigt, daß man ohne diese auskommt. Auch in der Handwerkslehre kann man ohne körperliche Züchtigung auskommen, und sie schadet in den meisten Fällen auch hier mehr, als sie nützt. Es sei damit aber nicht der gänzlichen Abschaffung des Züchtigungsrechts das Wort geredet, sondern nur der Möglichkeit der Abschaffung und einer würdigen Behandlung der Lehrlinge. Man beachte, daß im Handelsgewerbe die körperliche Züchtigung des Lehrlings nirgends Sitte ist, und daß man den Lehrling in guten Handlungshäusern allgemein mit „Sie“ anredet. Auch die Fortbildungsschule gebraucht immer mehr diese Anrede. Es liegt darin eine persönliche Achtung, die man dem jungen Manne als angehenden Handwerker entgegenbringt, und es dürfte mancher Geschäftsmann, der neben Handlungslehrlingen auch Handwerks- oder Fabriklehrlinge beschäftigt, zu gleicher Behandlung beider auch in der Anrede übergehen, wie dies vielfach schon geschieht. Diesen Beispielen dürfte auch das Handwerk folgen, wo es erforderlich ist. Diese persönliche Achtung, die man dem Lehrling entgegenbringt, wird dem gegenseitigen Verhältnis ein anderes Gepräge geben und wird die Handwerkslehre im Ansehen heben.

Der Grundsatz, daß die Handwerkererzichte in erster Reihe eine Bildungsfrage ist, wird heute in einsichtigen Kreisen allgemein anerkannt. Zu dem praktischen Können gehört das technische Wissen und Verstehen und ein volles Maß wirtschaftlicher Schulung. Die Handwerkslehre kann die theoretische Ausbildung nicht übernehmen, aber sie kann sie stützen und fördern. Hier liegen die Verhältnisse noch sehr im Argen. Eine große Anzahl Lehrmeister bringen der theoretischen Ausbildung der Lehrlinge absolut kein Verständnis entgegen und urteilen in der Werkstätte in Anwesenheit des Lehrlings sehr geringschätzend über sie. Sie gewähren dem Lehrling nur notgedrungen Zeit zum Schulbesuch, benutzen jede Gelegenheit zur Abhaltung und verlangen, daß der Unterricht möglichst außer der üblichen Arbeitszeit gehalten wird. Dadurch wird dem Jungen der Schulbesuch vererbt und er ist geneigt, nach dem Vorbild seines Meisters der theoretischen Ausbildung keinen Wert beizumessen. Diese Zustände müssen sich gründlich ändern, wenn die Handwerkslehre gehoben werden soll, und dazu trägt gerade die theoretische Ausbildung außerordentlich viel bei. Schule und Werkstätte müssen Hand in Hand in der Ausbildung mit einander ar-

beiten und sich gegenseitig verständigen. Die Aufgaben und die Lehrpläne der Schule müssen den Lehrmeistern vertraut gemacht werden.

Sehr im Argen liegt auch mancherorts das Prüfungswesen im Handwerk. Da auch dieses zur Wertung der Handwerkslehre sehr viel beiträgt, müssen auch die Verhältnisse hierin kurz beleuchtet werden. Gesagt ist schon, daß der Ueberwachung im Lehrlingswesen größere Sorgfalt allgemein gewidmet werden muß. Die Organe der Ueberwachungsstellen (Handwerkskammer und Innungen) müssen in viel engerer Fühlung als bisher zu Lehrmeistern und Lehrlingen treten, sie müssen eine Art Vermittlungsstelle sein, die das Vertrauen von Meister und Lehrling voll haben. Um den Fortschritt der Lehrlinge prüfen zu können, ist es nicht nur erwünscht, sondern notwendig, daß am Schlusse eines jeden Jahres durch Anfertigung einer Lehrlingsarbeit der Nachweis der Leistungsfähigkeit und einer zweckdienlichen Anleitung erbracht wird. Diese Maßnahme ist mancherorts — z. B. in Baden — in zweckdienlicher Weise durchgeführt in Verbindung mit der Schule und hat sich gut bewährt. Diese Arbeiten werden einer Prüfung unterzogen und für besonders gute Arbeiten sind Preise auszusetzen. Dies ist ein Ansporn für die Lehrlinge.

Die Gesellenprüfung selbst entspricht heute vielerorts noch lange nicht den Anforderungen, sie erfährt mit Recht oft herbe Kritik und wird vielfach beipöthelt. Dies liegt in erster Reihe in der ungeeigneten Auswahl der Prüfungsmeister, an die hohe Anforderungen gestellt werden müssen, sollen sie ihrer Aufgabe in würdiger Weise entsprechen. Besonders im Argen liegt die theoretische Prüfung, die vielfach völlig wertlos ist. Die theoretische Prüfung muß von Fachleuten abgehalten werden, die den Stoff beherrschen und in der Lage sind, zu prüfen. Dafür ist der Fachlehrer in erster Reihe berufen, der den Lehrlingen die theoretische Ausbildung zu vermitteln hat. Die gewerbliche Schule kann bei der Gesellenprüfung unmöglich ausgeschaltet werden. Das Ansehen der Prüfungen und der Ernst bei ihren Durchführungen erhöht das Ansehen des Lehrlingswesens und fördert das Standesbewußtsein im Handwerk. In der Sorge für das Lehrlingswesen und das Prüfungswesen im Handwerk haben die Handwerkskammern eine dankbare Aufgabe, die nicht zurückgestellt werden darf hinter die wirtschaftliche Förderung des Handwerks, die die Not des Krieges in den Vordergrund gerückt hat. Die Gesellenprüfungsordnungen sind vielfach verbesserungsbedürftig.

Will der Handwerkerstand genügenden Nachwuchs haben, dann ist aber vor allen Dingen notwendig, daß er selbst seinen Stand und seinen Beruf achtet und diesen nicht heruntersetzt, wie es vielfach geschieht. Es geschieht

Die Wiedergeburt deutscher Volkskunst. *)

Wir gehen nach diesem gewaltigsten aller Kriege einer neuen Zeit entgegen, und auf allen Gebieten unseres politischen, geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens bereitet sich der Umschwung mächtig vor oder ist bereits in der Durchführung begriffen. Unser herrliches deutsches Volk hat in diesem gewaltigen Völkerringen eine nationale Begeisterung, einmütige Entschlossenheit, beispiellose Kraftentfaltung und Hingabe an das Vaterland an den Tag gelegt, die dem Deutschtum eine herrliche Wiedergeburt verheißt. Wie der große Krieg ein Erneuerer unserer völkischen Einheit geworden ist, so muß auch in allem unserem Schaffen die deutsche Sonderart und deutscher Geist wieder mehr zum Ausdruck kommen, überall muß sich das Deutschtum Geltung verschaffen. Nicht

zuletzt muß diese Wiedergeburt Einfluß gewinnen auf unsere Kunst, insbesondere die angewandte Kunst, und diese erheben zu einer nationalen, völkischen Kunst, die ein Abbild ist unseres Volkswesens und vom Volke verstanden wird. Trotz des blühenden Lebens in unserem Kunstschaffen in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Kriege und der unverleugbar erzielten Fortschritte, ist es nicht gelungen, eine Gemeinsamkeit in der Auffassung und Lösung des künstlerischen Teils der Aufgaben zu erzielen und die Ausdrucksformen in ursächlichen Zusammenhang zu bringen mit dem Wesen und der Eigenart des Volkes. Diese Entwicklung hat der namhafte Kunstschriftsteller Karl O. Hartmann, Oberregierungsrat und Mitglied des Gewerbe-Oberschulrats in Stuttgart, trefflich gezeichnet in seinem Buche „Stilwandlungen und Irrungen in den angewandten Künsten“, worin er angesichts der wiedergeborenen deutschen Kraft und deren Einwirkung die Forderung einer deutschen Volkskunst erhebt.

Derselbe Verfasser untersucht nun in einem neuen Buche „Die Wiedergeburt der deutschen Volkskunst“ die Grundlagen der Volkskunst, ihre Forderungen und macht

Vorschläge zur Erziehung zur Volkskunst. Hat er in seinem ersten Buche rein kritisch die Kunstfragen allgemein beleuchtet, so kommt er in seinem neuen Buche zu ganz bestimmten Forderungen und Vorschlägen, und diese machen das Buch, das außerordentlich fesselnd und klar geschrieben ist, zu einem äußerst wertvollen Führer für die Kunstbestrebungen unserer Zeit. Treffend sagt der Verfasser im zweiten Abschnitt: „Stärken wir zielbewußt, entschlossen und tatkräftig unsern deutschen Geist, so daß er unentwegt die Schaffenden leitet; kräftigen und schärfen wir den deutschen Sinn, so daß dieser die Art der Befriedigung der Kunstbedürfnisse im großen Publikum bestimmt, und wir werden jederseits sieghaft über dem Fremden stehen, das uns nutztragliche ablehnen oder ausschneiden und das Brauchbare organisch und in deutscher Umprägung eingliedern in unsern eigenen Besitzstand.“

Besonders wertvoll sind die Ausführungen im dritten Abschnitt des Buches, der die Erziehung zur Volkskunst behandelt. Der Verfasser fordert mit Recht eine planmäßige Er-

*) Die Wiedergeburt deutscher Volkskunst. Als wichtiges Ziel der künstlerischen Bestrebungen unserer Zeit, und die Wege zu seiner Verwirklichung. Von Karl O. Hartmann. München und Berlin, 1917. Verlag von R. Oldenbourg.

Die
müß-
werden.
das
auch
sehr
schon
weisen
werden
stellen
in
hrmei-
ne Art
en von
den
ömen,
wenig,
ch An-
t der
einer
Diese
den —
t Ver-
ut be-
räftung
arbeiten
nsporn

heute
ungen,
l und
erster
Prü-
en ge-
fänge
rs im
e viel-
faltung
n, die
sind,
erster
theo-
Die.
Ge-
sge-
Prü-
Durch-
lings-
ein in-
dwert
thbare
darf
Hand-
vorder-
sorb-
tig.
Nach-
ingen
und
unter-
schieht

t. Hat
die
ommt
untzen
diese
ffelnd
wert-
un-
zwei-
uht,
fern
egt
igen
inn,
ebi-
gro-
wir
dem
rüg-
und
in
der
ungen
e Er-
Ber-
e Er-

dies allerdings in der Regel nur von denen, die ihrem Berufe nicht gewachsen sind und deswegen kein Fortwärtkommen finden, aber trotzdem muß gesagt werden, daß das Standesbewußtsein im Handwerk der sorgfältigsten Pflege bedarf. Die soziale Stellung des Handwerks muß verbessert werden. Diese Frage hängt mit dem Nachwuchs im Handwerk aufs engste zusammen. Es muß Aufgabe eines jeden einzelnen Lehrmeisters wie auch ganz besonders der einzelnen Berufsorganisationen im Handwerk sein, dem Lehrlingswesen fürderhin eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wo die Lehrwerkstätte des Meisters der Aufgabe nach Lage der Verhältnisse nicht völlig gerecht zu werden vermag, wie dies in manchen Berufen der Fall ist, muß die Schulwerkstätte die Meisterlehre ergänzen und vervollkommen. Nur durch einen zeitgemäßen Ausbau des Lehrlingswesens kann der Notlage hierin gesteuert und dem Handwerk ein brauchbarer und genügender Nachwuchs gesichert werden. Möge der Krieg uns auch hierin Lehrmeister geworden sein.

Franz Kern.

Kriegstagung der Frankfurter Handwerkerschaft.

Am Freitag, den 11. Januar d. J., fand im Sitzungssaal der Stadtverordneten im Rathaus zu Frankfurt a. M. eine überaus wichtige Tagung der Frankfurter Handwerker statt, zugleich als erste gemeinsame Vollversammlung des Hauptauschusses der Frankfurter Handwerkerverbände, des Innungsausschusses und des Freien Handwerkerbundes. Die Versammlung war sehr gut besucht und füllte den Saal völlig. Als geladene Gäste waren u. A. erschienen der Herr Regierungspräsident Dr. v. Meißner, Herr Regierungsrat Ulrich, Vertreter der Kriegsamtsstelle Frankfurt, des Magistrats, der Handwerkskammer, der gewerblichen Schulen usw. Der Vorsitzende, Herr Schlossermeister August Schanz, begrüßte die Versammlung, gab zunächst einen kurzen Überblick über die neue Organisation des Frankfurter Handwerks, die sich glänzend bewährt habe und schloß seine kurzen Ausführungen mit einem begeistert aufgenommenen Kaiserhoch.

Hierauf erstattete der Vorsitzende des Handwerksamtes, Herr Bouveret, den Geschäftsbericht des Handwerksamtes und des Hauptauschusses. Da wir in Nr. 51 und 52, Jahrgang 1917, dieses Blattes den Geschäftsbericht des Frankfurter Handwerksamtes ausführlich veröffentlicht haben, worauf an dieser Stelle nochmals hingewiesen wird, können wir uns mit kurzen Angaben begnügen. Die Frankfurter Handwerkerschaft ist zusammenfassend organisiert in dem Innungsausschuß und dem Bund der Freien Vereinigungen und

Genossenschaften, beide zusammen bilden im Hauptauschuß der Frankfurter Handwerkerverbände eine Arbeitsgemeinschaft, deren Geschäftsstelle das Handwerksamt ist, wie auch alle diese Verbände ihre Geschäftsstelle im Handwerksamt haben. Das Handwerksamt ist daher die Zentrale, in der die Fäden des gesamten Handwerks der Stadt Frankfurt a. M. zusammenlaufen. Die Tätigkeit des Handwerksamtes stellt sich demgemäß auch als eine äußerst segensreiche dar.

Herr Handwerkskammer-Syndikus Schroeber berichtete im Anschluß daran kurz über die Tätigkeit der Handwerkskammer im Kriege. Nachdem er die Schwierigkeiten im Lehrlingswesen während des Krieges gestreift hatte, ging er auf die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen über und entrollte ein klares Bild über die segensreiche Tätigkeit der Kammer durch Versorgung des Handwerks mit Heeresaufträgen, Material und Kredit, Schaffung von Versorgungsgenossenschaften und Verbänden, und Einrichtung einer Vermittlungsstelle. Der Kammer war es möglich, bis jetzt 40 000 Mark Kriegsunterstützungen an Hinterbliebene von Handwerkern und an notleidende Handwerker zu zahlen, teils aus Spenden, teils aus Ueberschüssen in der Verwaltung der Vermittlungsstelle. Kurze Ausführungen machte der Redner über die Bezirksstelle für das Schneiderhandwerk, die Lederzuschneidestelle, das Hilfsdienstgesetz, Zusammenlegung der Handwerkerbetriebe, Koststoffversorgung nach dem Kriege, Möbelbeschaffung für Kriegsgeliebte und Auswechslung der Tür- und Fenstergriffe.

Die weitere Tagesordnung enthielt einen Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Heilbrunn über „Handwerk und kommende Friedenswirtschaft“. Von 220 000 Handwerksbetrieben, deren Inhaber im Felde stehen, mußten weniger als 130 000 geschlossen werden. Dies allein sei schon ein Maßstab für die Notlage im Handwerk, dem dringend Hilfe tut. Als Hilswerk führte Redner außer den Kriegshilfsklassen, ergänzt durch freiwillige Sammlungsspenden und Schaffung einer ausreichenden Kreditorganisation die Rohstoffversorgung, einen lückenlos ausgebauten, möglichst staatlichen Arbeitsnachweis, um schnellsten Ausgleich der Arbeitskräfte zu ermöglichen, Ausbau des Lehrlingswesens, Förderung des Kunsthandwerks und des Genossenschaftswesens an. Ferner forderte Redner Schutz des Hausbesitzes, Abschaffung der unmäßig hohen Gebühren bei Grundstücksverkäufen, um den Baumarkt und damit die Bautätigkeit wieder zu beleben und die Förderung des Wohnungswesens.

Ein Vertreter der Kriegsamtsstelle berichtete über das Handwerk betreffende Maßnahmen für

Organe wendet, um der deutschen Volkswirtschaft die Wege zu bereiten.

Insbefondere gelten diese Ausführungen auch dem deutschen Handwerk und dem Kunstgewerbe. Wenn der Handwerker wirtschaftlich arbeiten will, so darf er in Zukunft nicht mehr, wie dies heute noch allzuoft geschieht, das kostbare Material und die teure Arbeitskraft, die er bei Herstellung eines Arbeitsstückes aufwendet, dadurch antworten, daß er dem Werkstück eine schlechte Formgebung verleiht. Seine Arbeit ist nur dann Qualitätsarbeit, wenn sie auch künstlerischen Anforderungen entspricht und dadurch dauernden Wert erhält. Die Erziehung des Handwerks zum Kunsthandwerk, das vorzugsweise der Träger einer gesunden Volkswirtschaft ist, muß als eine wichtige Forderung unserer Zeit betrachtet werden. Auch die niederen gewerblichen Schulen, die Handwerkslehrlinge zu unterrichten haben, sind berufen, im Zeichenunterricht die vollstümliche Kunst zu pflegen. Auch diese Schulen seien auf das vorzügliche Buch Hartmanns, das sich auch zur Anschaffung für die Bücherei eignet, aufmerksam gemacht.

Franz Kern.

die Demobilisierung, und weitere Vorträge behandelten die Reform des Berdingungswesens, die Lehrlingsfrage im Handwerk, die Sparmetallabgabe, Kohlenfrage und das Handwerk, Zusammenlegung von Handwerksbetrieben, die Regiebetriebe und das Handwerk. Diese Vorträge förderten im allgemeinen neue Gedanken nicht zutage. Eine allgemeine Aussprache schloß die überreiche, aber interessante Tagesordnung

Lohnnachweise nicht vergessen!

Nach § 750 der Reichsversicherungsordnung (Unfallversicherung) hat für die Umlegung und Einziehung der Beiträge jedes Mitglied einer Versorgungsgenossenschaft, soweit nicht Pauschalbeträge gelten oder einheitliche Beiträge zu entrichten sind (§ 743 RVO.), binnen sechs Wochen nach Ablauf des Geschäftsjahres dem Genossenschaftsvorstande einen Lohnnachweis einzureichen.

Dieser Lohnnachweis hat zu enthalten:

1. Die während des abgelaufenen Geschäftsjahres im Betriebe beschäftigten Versicherten und den von ihnen verdienten Entgelt,
2. wenn nicht der wirklich verdiente Entgelt maßgebend ist, eine Berechnung des Entgelts, der bei der Umlegung der Beiträge anzunehmen ist,
3. die Gehaltsklasse, in die der Betrieb eingestuft ist.

Da nach § 164 RVO. Geschäftsjahr das Kalenderjahr ist, beginnt die Frist von 6 Wochen nach Ablauf des Geschäftsjahres. Es ist daher der 1. Jan. einzurechnen so daß der Lohnnachweis spätestens am Montag, den 11. Februar 1918 eingereicht sein muß.

Für Mitglieder, die den Lohnnachweis nicht rechtzeitig oder unvollständig einreichen, stellt ihn die Genossenschaft selbst auf oder ergänzt ihn (§ 742).

Gemäß

§ 909 können gegen Unternehmer, wenn sie ihren Pflichten zur Einreichung der Lohnnachweise nicht rechtzeitig nachkommen, Geldstrafen bis zu 300 Mark verhängt werden, und gemäß

§ 908 gegen Unternehmer, wenn sie Lohnnachweise eingereicht haben, die unrichtige Angaben enthalten, Geldstrafen bis zu 500 Mark. — Voraussetzung ist aber, daß die Unternehmer die Unrichtigkeit der Angaben kannten oder den Umständen nach kennen mußten.

Also die Lohnnachweise fertig gemacht und spätestens Sonnabend, den 9. Februar 1917, zur Post geben.

Ferner ist bei den gegenwärtigen Zeitläuften folgendes zu beachten:

Auch in Fällen, da der Betriebsinhaber zur Fahne einberufen ist, kann von der Einreichung der Jahres-Lohnnachweisungen nicht abgesehen werden.

In der Lohnliste müssen alle im Betriebe während des Jahres, wenn auch noch so vorübergehend, beschäftigt gewesen Personen aufgeführt werden, ob jung oder alt, ebenso die weiblichen Arbeitskräfte und auch die zur Ausschilfe herangezogenen Persönlichkeiten, auch etwaige nähere oder entferntere Verwandte. Es kommt dabei auch nicht darauf an, wie lange alle die Persönlichkeiten beschäftigt gewesen sind; auch solche, die nur tag- oder stundenweise beschäftigt waren, müssen in die Liste mit aufgenommen werden. Einzeln und allein der Ehegatte des Betriebsinhabers gehört nicht zu den versicherungspflichtigen Personen.

Es verschlägt auch nichts, wenn die Arbeitskräfte außer Kost und Wohnung keinen oder nur geringen Barlohn erhalten oder wenn der behördlich festgesetzte Ortslohn nicht erreicht worden ist.

Beurlaubte Kriegsteilnehmer, die während ihres Aulabes vorübergehend im Betriebe beschäftigt waren, sind in die Lohnliste aufzunehmen.

Selbständige Betriebsinhaber, die ihren Betrieb wegen Mangels an Arbeit oder an Arbeitern schließen und selbst Beschäftigung in größeren Betrieben annehmen müssen, gehören für die betr. Zeit zu den versicherten, in den Lohnlisten aufzuführenden Personen des größeren Betriebes.

Kurze Mitteilungen.

Unfallversicherung und Kriegsgefangene.

Entgegen den bisherigen Bestimmungen sind nach § 3 des Gesetzes über Fürsorge für Kriegsgefangene vom 15. August 1917 diejenigen Betriebsunternehmer, welche Kriegsgefangene in ihren versicherungspflichtigen Betrieben beschäftigen, verpflichtet, den für die Ueberlassung der Kriegsgefangenen vertraglich entrichteten Entgelt und die an die Kriegsgefangenen gezahlten Löhne der Berufsgenossenschaft zur Beitragsberechnung nachzuweisen. Die Verpflichtung zur Nachweisung dieses Entgelts und der Löhne sowie der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen für Kriegsgefangene beginnt rückwirkend mit dem 1. Januar 1917.

Bei Einreichung der Jahreslohnabrechnung muß also der gesamte für Ueberlassung von Kriegsgefangenen an diese selbst und an die Betriebsverwaltung gezahlte Entgelt mit nachgewiesen werden. Zu dem Entgelt beziehungsweise Lohn gehören auch die Sachbezüge (Verpflegung usw.).

Hierzu ist zu bemerken, daß durch das Gesetz ein Versicherungsverhältnis hinsichtlich der Unfälle, welche Kriegsgefangene in gewerblichen Betrieben erleiden, nicht begründet wird. Die Fürsorge für Kriegsgefangene Unfallverletzte wird von der Militärverwaltung übernommen, der jeder Unfall zu melden ist. Eine Unfallanmeldung bei der Berufsgenossenschaft ist nicht erforderlich. G. B.

Aus den Kreisverbänden.

Kreisverband für den Rheingaukreis.

Auf die Einladung des Kreisverbandes Vorstands fand am Sonntag, den 6. Januar 1918 im Restaurant „Germania“ zu Rüdesheim eine Versammlung der leimverbrauchenden Handwerker statt zwecks Erörterung von Ortsthemen für die staatliche Leimversorgung. Die Versammlung war gut besucht, und konnte dies der Vorsitzende, Herr Ferdinand Leonhard, in seiner Begrüßung mit Genugtuung feststellen. An Hand der vorliegenden Schriftstücke erstattete der Geschäftsführer, Herr Karl Bruns, Bericht über die zweite Versorgungsperiode Oktober-Dezember 1917.

Der Vorsteher der Landesstelle, Herr Schreinermeister Wilhelm Buchwald aus Frankfurt a. M., besprach die Organisation der staatlichen Leimversorgung, worauf beschlossen wurde, für den Rheingaukreis die vorgelebene Ortsstelle zu gründen. Als gemeinsame Geschäftsstelle der vier Ortsgruppen wurde die Geschäftsstelle des Kreisverbandes für Handwerker und Gewerbe im Rheingaukreis mit dem Sitz zu Rüdesheim, Leiter der Geschäftsstelle Herr Karl Bruns, bestimmt.

Als Vorsitzender für das Schreinerhandwerk wurde Herr Louis Bruns-Rüdesheim, als Vorsitzender für das Malergewerbe, Herr Peter Schep-Rüdesheim, als Vorsitzender für das Wagnergewerbe, Herr Peter Joly-Rüdesheim, als Vorsitzender für das Buchbinderhandwerk, Herr Adam Kilian-Rüdesheim, als Vertrauensmann für das Schreinerhandwerk, Herr Johann Bador-Weisenheim, als Vertrauensmann für das Malergewerbe, Herr Heinrich Willig-Rüdesheim, als Vertrauensmann für das Wagnergewerbe, Herr Jakob Seiler-Elville, als Vertrauensmann für das Buchbinderhandwerk, Herr Peter Gilles-Weisenheim, gewählt.

Vordrucke für die Leimanmeldung sind bei genannten Vorsitzenden sowie bei dem Geschäftsführer zu haben.

Am Anschluß dessen besprach Herr Schreinermeister Buchwald die Möbelbeschaffung für Kriegstrante und der dazu erforderlichen Rohstoffe.

Die Anwesenden verfolgten diese Ausführung mit regem Interesse und es besteht im allgemeinen Neigung zur Gründung von Versorgungsgenossenschaften nach angeführtem Muster.

Bücherbesprechungen.

Ein Rechtsbuch für jeden im praktischen Leben stehenden Geschäftsmann, ist das soeben im Verlage des Südd. Möbel- und Bauhandwerkers, Stuttgart, erschienene Nachschlagewerk von G. Stein: „Wie wahr ich mein gutes Recht?“ Preis 6,80 Mark. Mit seinen übersichtlich geordneten Rechtsauskünften aller Art in alphabetischer Anordnung, sowie Verbeachtung der im Geschäft, Handels- und Rechtsverkehr gebräuchlichen Fremdwörter und Fachausdrücke, ist dieses neue Werk ein für jedermann nützlicher, in allen Lebenslagen willkommen Ratgeber, der dem gesamten Gewerbe,

Handwerker- und Handelsstand durch seine leichtfaßliche Darstellung aller einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen umso sicherer wertvolle Dienste tun wird, als die beigegebenen zahlreichen Musterformulare zum Anfertigen von Schriftstücken, die unmittelbare praktische Verwendung leicht ermöglichen.

Praktische Mathematik. I. Teil: Graphische Darstellungen. Verkleinertes Rechnen. Das Rechnen mit Tabellen. Mechanische Rechenhilfsmittel. Kaufmännisches Rechnen im täglichen Leben. Wahrscheinlichkeitsrechnung. Von Professor Dr. H. Neundorff. Zweite verbesserte Auflage. Mit 29 Figuren im Text und einer Tafel (Was Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. 341. Bändchen.) IV. u. 106 S. 8. Geh. 1,20 Mark, geb. 1,50 Mark. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1917. — Die Anforderungen, die in den verschiedensten Berufen an das mathematische Wissen eines jeden gestellt werden, wachsen von Jahr zu Jahr. Unsere Schulen sind, altüberlieferte Methoden weiterbildend, an diesen neuen Forderungen bis vor kurzem achlos vorübergegangen. Das vorliegende Büchlein will in elementarer Darstellung ohne mathematische Vorkenntnisse zur Lösung wichtiger praktischer Aufgaben vorhandene Hilfsmittel und ihre Verwendung erklären.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder,
Berlin 66, Leipzigerstraße 123 a.

Berlin, den 31. Dezember 1917.

Bekanntmachung.

Die Zulassbedingungen B. betreffend die Streckung von Schuhoberleder, vom 24. 11. 16 werden, wie folgt, abgeändert:

Zwecks Ersparrung von Schuhoberleder darf die Schafthöhe von fertigen Schuwerk in den mittleren Größen, in der Mitte an der Seite des Schalles bis zum Absatz gemessen, folgende Maße nicht überschreiten:

Herrschensiel 13 Zentimeter,
Damenstiel 16½ Zentimeter,
Mädchen- und Kindersiel . . . 12 Zentimeter.

Die übrigen Größen sind im Verhältnis nach oben bzw. unten abzurufen. Mindestens zwei Drittel der Erzeugung in Damenschuhwerk muß aus Halbschuhen bestehen.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder.

Dr. Kreyer

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 7. Januar 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens Schroeder.

Protokoll

der 26. Vollversammlung der Handwerkskammer zu Wiesbaden am 15. November 1917 im Bürgeraal des Rathauses zu Wiesbaden.

Anwesend als Ehrengäste: der Herr Regierungspräsident von Meißner zu Wiesbaden, der Herr Landeshauptmann Krefel, der stellvertretende Staatskommissar der Handwerkskammer, Herr Regierungsrat Ulrich, der Vertreter des Magistrats, Herr Stadtrat Meier, die beiden Vorsitzenden des Zentralverbandes des Gewerbevereins für Nassau zu Wiesbaden, Herr Rechtsanwalt Dr. Nickel und Architekt Wolff-Wiesbaden.

Von der Kammer: der Vorsitzende, Herr Carstens-Wiesbaden; die Vorstandsmitglieder: Herren Buch-Frankfurt a. M., Feger-Kallenstein, Händel-Frankfurt a. M., Müller-Ems, Raus-Wiesbaden und Stadtrat Meier-Wiesbaden; außerdem 26 Kammermitglieder; ferner der Syndikus der Kammer, Herr Schroeder, der Vorsitzende des Handwerksamts, Herr Houbert-Frankfurt a. M., sowie der Bürosekretär der Kammer, Herr Pfeiffer, als Protokollführer.

Der Vorsitzende begrüßt die erschienenen, insbesondere die Ehrengäste, weist in seiner Ansprache hin auf die stolzen Erfolge unseres Volks in Waffen an allen Fronten und ermahnt, diesen unseren Heiden nachzuwehren in der Pflichttreue, sei es bei der direkten Arbeit für das Vaterland, sei es bei der willigen Ertragung aller der Entbehrungen, die nun einmal dieser Krieg dem Einzelnen auferlegen müsse. Aber wenn das hoffentlich recht nahe Ende des Krieges kommt, haben wir mit zu sorgen, daß die Wunden des Krieges geheilt, daß den Zurückbleibenden Arbeitsgelegenheit und Rohstoffe beschafft werden und dazu, meine Herren Vertreter des Gewerbevereins für Nassau, erbitten wir die Hilfe Ihrer allen und bewährten Organisation. Die Ansprache schloß mit einem begeisterten Kaiserhock.

Der Syndikus stellt fest, daß 33 Kammermitglieder anwesend sind, und daß die Einladung

zur Vollversammlung ordnungsgemäß durch öffentliche Bekanntmachung in den Kammerblättern vom 3. und 10. November und durch schriftliche Einladung vom 3. November erfolgt ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet der Syndikus über einige besonders wichtige Vorgänge, die nicht im Rahmen der Tagesordnung behandelt werden, und zwar über die Lederzuschneidestelle, die Bezirksstelle für Reichsanzüge, Organisation der Ersatzlohlen-Verwendung, Auswechslung der Türhaken und Fenstergriffe, die genossenschaftliche Organisation und die Vermittlungsstelle.

Punkt 1 und 2 der Tagesordnung bezieht der Syndikus eingehend den Vaterländischen Hilfsdienst und die Zusammenlegung der Betriebe.

Der Vorsitzende stellt diese beiden Berichte zur Besprechung. An dieselbe schließt sich ein eingehender Meinungsaustausch an. Daran beteiligen sich die Mitglieder Jungbecker, Sander, Ochs und der Syndikus. Sander-Wiesbaden regt an, bei der Frage der Kriegsentbehrungen auch die geschädigten Handwerker zu berücksichtigen, sowie dem Broderkaut in Kaufhäuser entgegenzuwirken. Er protestiert gegen die Versuche der Brotfabriken, unter der Hand weitere Verkaufsstellen einzurichten, die glücklich beiseite geschoben werden, die einzuführen und kleinere Bäckereien brachzuwerfen.

Punkt 3 der Tagesordnung bezieht der Syndikus die Rohstoffversorgung des Handwerks bei der Uebergangswirtschaft.

Die Rohstofffrage ist eine der wichtigsten. Sie beruht darauf, daß eine außerordentliche Rohstoffknappheit eingetreten ist; nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Es hat ein Riesenverbrauch stattgefunden. Nach dem Kriege wird sich bei vermindertem Angebot eine erhöhte Nachfrage nach Rohstoffen geltend machen. Um Unzulänglichkeiten nach Möglichkeit zu verhindern, ist eine staatliche Verwaltung der Rohstoffe eingerichtet. Es ist ein Reichskommissariat für die Uebergangswirtschaft und darin ein Weirat gebildet, in dem das Handwerk erfreulicherweise ausnehmend vertreten ist. Durch das entschiedene Eintreten des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtes ist es gelungen, daß folgende Herren in den Weirat gekommen sind. Der Vorsitzende des Kammeramtes, Plate-Hannover, Malermeister Jrl-Erding, Tischlerobermeister Rahard-Berlin, Generalsekretär Dr. Meusch-Hannover. Diesen Vertretern des Kammeramtes sind beigetreten die folgenden Herren: Schlossermeister Marcus, als Vertreter des Zentralausschusses der Innungsverbände Deutschlands, Berlin-Schöneberg, Genossenschaftsleiter Th. Effer, als Vertreter des Rheinischen Handwerksbundes, Esslingen, Direktor Korfhaus, als Vertreter des Handwerksausschusses deutscher gewerblicher Genossenschaften Berlin, Juliusrat Dr. Krüger, als Vertreter des allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften, Berlin-Charlottenburg. Diese Herren haben mit Zustimmung des Kammeramtes einen Arbeitsausschuß gebildet. Die Rohstoffe, die in staatliche Verwaltung genommen werden sollen, sind für Handwerker und Industrie bestimmt. Der Anteil des Handwerks wird auf Grund der Bedarfsvermittlung der Handwerkskammer bemessen werden. Zu diesem Behufe werden demnächst Fragebogen versandt, deren gewöhnliche Beantwortung dringend empfohlen wird.

Es scheint, daß das Reichskommissariat die Rohstoffe i. H. den Fachämtern überweisen. Deshalb werden die Handwerkskammern es als ihre Aufgabe ansehen, die fachgenossenschaftliche Organisation herbeizuführen. Die Nichtorganisierten werden naturgemäß nicht so versorgt sein, wie die Organisation, denn die Genossenschaften werden zunächst an ihre Mitglieder denken. Es muß deshalb den Nichtorganisierten einbringlich ans Herz gelegt werden, sich den bestehenden Genossenschaften anzuschließen. Nicht alle Rohstoffe werden in Reichsverwaltung genommen. Vorgesetzt sind: Holz, Steine, Blei, Zink, Nickel, Kupfer, Graphit, Hartgummi, tierische und pflanzliche Öle und Fette, Harze, Häute, Felle, Gerbstoffe, Gummi, Kautschuk, Haare, Borsten, Asbest, Därme, Rohle und andere Brennstoffe, Chemikalien.

Schließlich bezieht der Syndikus noch die Kreditfrage und weist auf den Zentrumsantrag betr. Kreditgewährung nach dem Kriege unter Bürgschaft des Staates, hin. Der Vorsitzende stellt den Bericht zur Besprechung. An dem sich anschließenden reger Meinungsaustausch beteiligen sich die Mitglieder Buchwald-Frankfurt a. M., Stadtrat Meier-Wiesbaden, Müller-Frankfurt a. M., Sander-Wiesbaden, Kommissionsrat Jureit-Frankfurt, Schulmacher-Frankfurt a. M., Jung-Siershahn, der Vorsitzende und der Syndikus. Buchwald regt an, der Möbelhandwerk schon jetzt das nötige Holz schlag zu lassen, um für die Waffenherstellung von Möbeln die nach dem Kriege notwendig sein wird, grüßte zu sein. (Schluß folgt.)